

Es ist klar, daß, wenn in einem Bauernlande, nach 7 Monaten einer demokratischen Republik, es zu einem Bauernaufstand kommen konnte, dies ein unwiderlegbarer Beweis eines allgemeinen Zusammenbruches der Revolution, einer tiefen Krise, einer Offensive der Konterrevolution „bis zum Äußersten“ ist.

Das ist vollkommen klar. Angesichts der Tatsache eines Bauernaufstandes haben alle anderen Symptome, auch wenn sie gegen eine Zuspitzung der allgemeinen Krise sprechen würden, überhaupt keine Bedeutung. Aber alle Symptome weisen im Gegenteil daraufhin, daß eine tiefe Krise zur Lösung heranreift.

Nach der Agrarfrage hat für das innenpolitische Leben Rußlands, für das Kleinbürgertum besonders, die nationale Frage eine sehr große Bedeutung. So sehen wir auch, daß auf der Demokratischen Beratung, die doch von den Herren Zeretelli u. Ko. präpariert wurde, die „nationale“ Kurie ihrem Radikalismus nach nur der der Gewerkschaften nachgibt: sie steht an der zweiten Stelle, an der dritten stehen die Arbeiter- und Soldatenräte, die, dem Prozent der Stimmen nach (40 auf 55) gegen die Koalition abgegeben wurden. Aus Finnland führt die Regierung Kerenski, die Regierung der Niederzwingung des Bauernaufstandes, die revolutionären Armeen weg, um die reaktionäre finnische Bourgeoisie zu stützen. In der Ukraina mehrten sich die allgemeinen Konflikte, wie die Konflikte der ukrainischen Regimenter mit der Regierung von Tag zu Tag.

Nehmen wir weiter die Armee, die in Kriegszeiten eine besonders große Rolle in dem Staatsleben spielt. Hier sehen wir die vollkommene Abwendung der finnländischen Armee und der baltischen Flotte von der Regierung. Wir hören den Bericht des Offiziers Dubasow, keines Bolschewiks, der im Namen der ganzen Front spricht, und viel entschiedener als die Bolschewiks darüber spricht, daß die Soldaten den Krieg nicht weiterführen werden.

Wir lesen die Regierungsberichte darüber, daß die Stimmung unter den Soldaten „nerods“ ist, und daß man für die „Ordnung“ nicht bürgen kann, d. h. man ist nicht sicher, ob sich die Soldaten zur Niederknüpfung der aufständischen Bauern mißbrauchen lassen werden. Wir sehen endlich die Abstimmung in Moskau, wo von 17 000 Soldaten 14 000 für die Bolschewiks stimmten. Ueberhaupt ist diese Wahlabstimmung zu den Rayonskommunalversammlungen eines der beweiskräftigsten Symptome der Tiefe des Umschwunges in der allgemeinen Stimmung.

Daß Moskau viel kleinbürgerlicher ist als Petrograd, ist allgemein bekannt. Daß das Moskauer Proletariat viel nähere Beziehungen zu den Bauern, mehr bäuerliche Sympathien hat, viel intimer die Bauernstimmung widerspiegelt, ist eine alte und bewiesene Tatsache. Und ausgerechnet in Moskau, fallen die Stimmzahlen für die Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks von 70 Prozent im Juli auf 18 Prozent im Oktober. Das Kleinbürgertum ist gegen die Koalition, das Volk ist gegen die Koalition, hier ist jeder Zweifel unmöglich. Die Kadetten steigen von 17 Prozent auf 30 Prozent, sie bleiben nichtsdestoweniger die Minderheit, eine hoffnungslose Minderheit, obwohl offenbar die rechten Sozialisten-Revolutionäre und die rechten Menschewiks sich

zu ihnen geschlagen haben. Und die „Rußkija Wiedomosti“ verzeichnen, daß die Stimmenzahl der Kadetten absolut gefallen ist. Sie hatten 67 000 Stimmen gegenüber der 62 000 von jetzt. Nur die Bolschewiks haben einen Stimmenzuwachs: von 34 000 auf 82 000. Sie bekamen 47 Prozent aller Stimmen.

Daß wir zusammen mit den linken Sozialisten-Revolutionären jetzt die Mehrheit in den Sowjets, in der Armee und im Lande haben, unterliegt keinem Zweifel.

Zu den Anzeichen, die nicht nur eine symptomatische, sondern eine ganz reelle Bedeutung besitzen, gehört auch die Tatsache, daß die Armee der Eisenbahner und der Postbeamten, die eine ungeheure Rolle in dem ökonomischen, wie politischen Leben des Landes spielen, in einem scharfen Konflikt mit der Regierung verbleibt, wo sogar die menschewikischen Sozialpatrioten mit ihrem Minister Nikitin nicht zufrieden sind und die offiziellen Sozialisten-Revolutionäre Kerenski u. Ko. „Stolypinsche Gestalten“ nennen.

Es ist klar, daß, wenn eine solche Unterstützung der Regierung seitens der Menschewiks und der Sozialisten-Revolutionäre eine Bedeutung hat, so ist es eine negative.

Sa, die Führer des Zentral-Vollzugsausschusses treiben eine regelrechte Politik der Verteidigung der Bourgeoisie und der Junker. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bolschewiks, die sich in die Falle der konstitutionellen Illusionen, des Glaubens an die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, der Erwartung des Kongresses aller Sowjets usw. fangen ließen, daß solche Bolschewiks nur armselige Verräter an der Sache des Proletariats wären.

Die Niederzwingung des Bauernaufstandes durch eine Regierung, die sogar das „Dielo Naroda“ mit Stolypin vergleicht, zu dulden, heißt die Revolution zu verderben. Sie jafeln von der Anarchie, von der Gleichgültigkeit der Massen. Die Massen sollen nicht gleichgültig den Wahlen gegenüber sein, wenn das Bauerntum zu einem Aufstand greifen muß, und die revolutionäre Demokratie die Niederwerfung des Aufstandes duldet.

Die Niederwerfung des Aufstandes in diesem Momente zu dulden, heißt die Erlaubnis zur Fälschung der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu geben, die noch schlimmer, noch unverschämter sein wird, als das schon bei den Wahlen zu der Demokratischen Beratung und zum Vorparlament der Fall war.

Die Krise naht der Lösung. Die ganze Zukunft der russischen Revolution steht auf dem Spiele. Die Krise naht der Lösung.

An unsere Abonnenten!

Es war uns für diesmal nicht möglich, das weiße Papier, das unsere Abonnenten gewohnt sind, zu bekommen; der Papiermangel, der sich immer fühlbarer macht, war zum Teil auch Schuld daran, daß wir einige Male nur im verminderten Umfange erscheinen konnte. Unser Bestreben soll es stets bleiben, das geistige Band nicht zerreißen zu lassen. Verlag der „Arbeiterpolitik“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 47

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
.. Nummunderstraße Nr. 23. ..

Bremen, den 24. November 1917

Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellschein

Inhalt:

Imperialismus und Demokratie	Seite 353
Der Bürgerkrieg in Rußland	354
Zwei Friedensprogramme. Von Karl Radek.	355
Afrika und der Friede. Von E. D. Morel.	358
(Schluß)	358
Feuilleton:	
An der Grenze. Von J. L. Perez. — Christus. —	
Noch führen wir Krieg. Von Iwan Turgenjew	360

Imperialismus und Demokratie.

Anscheinend gibt es keinen größeren Gegensatz als zwischen diesen beiden politischen Grundrichtungen. Der Imperialismus ist die Politik des modernen Kapitals, das Weltmacht nötig hat für seine Expansion. Deshalb bedeutet Imperialismus zugleich die politische Herrschaft dieses Kapitals; nur wenn es unumschränkt über alle Hilfsquellen des Staates gebieten kann, über die Menschen, über die Regierungsgewalt, über Armee, Industrie und Diplomatie, wenn es das alles in den Dienst seiner Weltmachtziele stellen kann, nur dann ist der Imperialismus als System möglich. Aber Herrschaft des modernen Kapitals, des Großkapitals, des Finanzkapitals ist Herrschaft der Wenigen über die Masse; eine kleine Gruppe von Kapitalmagnaten, umkreist von einem Troß von Aktionären und Direktoren, im engen Verband mit den Spitzen des Militärs, des Beamtentums, des Grundbesitzes beherrscht Gesellschaft und Staat. Das ist die ökonomische Grundlage des Imperialismus.

Demokratie ist in Allem der völlige Gegensatz dazu. Demokratie ist Herrschaft des Volkes, also Eigenherrschaft des Volkes über sich selbst, d. h. diejenige politische Organisation, durch die das Volk seine eigenen Interessen versorgen kann. Das Ziel ist nicht Weltmacht, sondern die eigene Wohlfahrt, nicht auf das Ausland, sondern auf das Inland gerichtet, nicht militärische Eroberung, sondern friedliche Produktion. Also in jeder Hinsicht das genaue Gegenteil von Imperialismus.

So ist es auch meistens mehr oder weniger klar empfunden. Aber trotzdem haben sich Erscheinungen gezeigt, die gleichsam einen Zusammenhang, eine Verwandtschaft erzeugen. In der Gesellschaft sind die Gegensätze nie einfach und unvermittelt; auch wenn sie noch so klar sind, so kommt immer etwas anderes hinein, das den Gegensatz verwirrt, verwischt und scheinbare oder wirkliche Zusammenhänge produziert. Wer das nicht bedenkt — d. h. nicht dialektisch zu denken weiß, nicht mit Maß und Vernunft zu unterscheiden weiß — sieht sich

plötzlich vor Tatsachen gestellt, die seine Denklinie verwirren und sein Handeln unsicher macht, ja ihn bisweilen völlig purzeln lassen.

Es war der selbige englische Politiker Joe Chamberlain, der erste große bewußte Imperialist, der diese Verwandtschaft zum Angelpunkte seiner Politik machte — er war ja auch ein Radikaler, bevor er Imperialist wurde, und er ist daher der Vorgänger aller jener Modernen, die aus Demokraten oder Sozialdemokraten zu Klopfschlechtern des Imperialismus wurden. Chamberlain sagte: Imperialismus und Demokratie gehören zusammen als zwei Seiten derselben Politik. Aus der Beherrschung fremder Weltteile zieht England große Gewinne (Handelsgewinne nannte Chamberlain sie), seine Industrie blüht, und davon bekommen die Arbeiter auch ihren Teil, z. B. in der Gestalt gut eingerichteter Sozialgesetze, Alterspensionen u. dergl.; diese Weltpolitik ist also im Interesse der Arbeiter und muß von den Arbeitern als demokratische Politik unterstützt werden. In dirren Worten kommt es darauf hinaus: Arbeiter und Bourgeoisie vereinigen sich, um Fremdvölker auszubeuten und zu teilen, wobei natürlich der Bourgeoisie der Löwenteil, den Arbeitern ein Knochen zufällt.

Für das England vor 30 Jahren wäre das noch eine verständliche Politik, denn das Risiko dieser Ausbeutung war damals noch nicht groß. Wenn jetzt ähnliche Gedankengänge in anderen Ländern auftauchen, liegt die Sache wesentlich anders. Denn neben den versprochenen Vorteilen liegen handgreiflich die Gefahren: Streit zwischen den verschiedenen Mächten, Krieg, Tod, Verwüstung und Untergang der Kultur. Angesichts der Praxis des Weltkrieges könnte man also glauben, daß das Thema Imperialismus und Demokratie jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung stehen könne. Aber gerade umgekehrt ist es jetzt aktueller als je. Und zwar nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen.

Der Imperialismus ist die Politik, die alle Volkskraft in den Dienst des Streben nach Weltmacht stellt. In diesem gewaltigen Ringen der Mächtegruppen muß die regierende Klasse in der Tat alle Kräfte, die im Volke liegen, materielle wie geistige, intellektuelle wie sittliche, zu ihrer Verfügung haben und anspannen. Aber diese liegen in den Menschen; die Menschen muß man haben. Und es genügt nicht, daß sie gehen; sie müssen willig, begeistert gehen. Daß die Menschen willig, teilweise sogar begeistert in den Krieg zogen, in fast allen Ländern, das war im Anfang des Krieges die große freudige Ueberraschung für die Bourgeoisie. Ueber die

Ursachen wollen wir hier nicht reden, sondern über die Konsequenzen. Es gilt nun nachher, da die erste Begeisterung verschwunden und geduldiges Ausharren nötig ist, die Bereitschaft der Massen, ihr Ganzes für die Kriegsziele einzusetzen, zu erhalten, zu heben, zu stärken. Und dazu gibt es kein besseres Mittel als den Massen etwas zu bieten, das etwaige Mißstimmung aufheben könnte, das ihnen das Gefühl gibt, einen Gewinn aus den Kriegsoptionen heimzubringen, das als Verkörperung der schönen Worte der Klassen-solidarität gelten kann. Dazu ist nichts tauglicher als demokratische Zugeständnisse.

Allgemeiner gesagt: eine großzügige imperialistische Politik muß auch die Massen für sich gewinnen, ihre Bereitschaft kaufen, indem sie den Massen etwas verspricht oder gibt. Geldwertiges kann sie nicht geben, denn sie kostet selbst zu viel; den Massen gibt sie Armut und Hunger; also gibt sie etwas Ideelles, Politisches, Papiernes, etwas Demokratie. Denn wollen die Massen nicht mit, werden sie widerspenstig, unwillig, so hört alles auf. Natürlich gibt die herrschende Klasse so etwas nicht oder nur selten in breitdenkender Großmut im Voraus, nur wenn sie die Notwendigkeit fühlt, wenn sie wegen früherer Versprechungen nicht länger umhin kann, oder wenn die Mißstimmung allzugroß wird. Und dann natürlich nicht so, wie es unseren Zielen künftiger Macht-ergreifung durch das Proletariat, sondern wie es ihren Zielen, Bekämpfung der Mißstimmung, entspricht. Denn nicht das proletarische Interesse, sondern ihr eigenes Interesse ist Ziel und Zweck der Reform. Man wird also immer sehen, daß diese demokratischen Reformen in den Einzelheiten so veranschaulicht werden, daß der Schein bestehen bleibt und das innere demokratische Wesen möglichst gebändigt und aufgehoben wird. Also das Ziel im Grunde: im Schein bedeutende Konzessionen, die in der Tat möglichst wenig bedeuten, zu machen.

Allerdings kann der Form nach doch ein bedeutender Fortschritt darin liegen. Denn die Haltung des Proletariats in dem Weltkrieg hat viele alte Befürchtungen der herrschenden Klasse zerstreut. Ihr Mißtrauen gegen die Massen, der sie immer vor einem zu demokratischen Wahlrecht einflözte, ist erheblich geschwunden; sie fürchtet den Sozialisten nicht mehr. Einer patriotischen Oppositionspartei mag sie wohl das Wahlrecht oder ein größeres Mitbestimmungsrecht zu geben; in den wichtigen Fragen der imperialistischen Politik überhaupt weiß sie, daß sie auf eine solche Partei rechnen darf. Die Bourgeoisie gibt dem Proletariat die Demokratie, weil die Führer des Proletariats darauf verzichtet haben, die Demokratie als Waffe gegen die Bourgeoisie anzuwenden.

So ist z. B. während des Krieges in Holland ein allgemeines Wahlrecht zu Stande gekommen, damit hat die holländische Bourgeoisie sich die treue Ergebenheit der Arbeiter hinter Troelstra usw. gesichert und einen Freibrief bekommen für ihre Politik, die den Arbeitern das schlimmste Elend gebracht hat. So wird es voraussichtlich auch in Schweden gehen. Unsererseits wurde ja immer hervorgehoben, daß auch vorher im Interesse der Bourgeoisie, im Auftrage der Bourgeoisie regiert wurde; daß eine andere Sorte ihrer Männer auftritt, macht für uns keinen wesentlichen Unterschied. Man darf darauf rechnen, daß auch andere Länder etwas ähnliches zeigen

werden. Überall muß der Imperialismus die Demokratie, scheinbar seinen größten Antagonisten, in seinen Dienst stellen. Es ist allerdings eine Demokratie danach, aber es zeigt jedenfalls, daß der Imperialismus sich nicht ganz sicher fühlt.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

In den Tagen vom 4. bis 7. November siegte in Petrograd die revolutionäre Arbeiterklasse und die Garnison, der Petrograder Arbeiter- und Soldatendelegiertenrat riß die Macht an sich, der allrussische Sowietkongress, dessen Zusammentritt die Regierung verhindern wollte, fand statt und er proklamierte die Uebergabe der Gewalt an die Sowjets, des Grund und Bodens an die Bauern und die Einleitung der Friedensverhandlungen. Die Garnisonen und Sowjets in ganz Nordrußland und Finnland, wie die baltische Flotte traten auf seiner Seite. Dasselbe fanden in allen Arbeiterzentren statt. Ueber die Lage an der Front und über die Lage in den Dörfern des großen Rußland fehlen jede zuverlässige Nachricht.

Der ins Auge springende Fehler bei der Beurteilung der neuen Revolution, die am 7. ds. in Petrograd siegte, ist, daß die europäische Presse diesen Sieg als Putsch, als Staatsstreich behandelt. Dieser Sieg war kein Putsch der bolschewikischen Partei, die irgendwelchen günstigen Zusammentreffen von Ereignissen ausnützend sich der Gewalt bemächtigte, um durch eine ungünstige Wendung in den Abgrund geworfen zu werden. Die Kämpfe, die zur Machtergreifung in Petrograd führten, waren das Resultat der gänzlichen Ausichtslosigkeit, in der sich die Arbeiter- und Soldatenmassen sowie das Bauertum befanden. Weder eine Aussicht auf die Lösung der Bodenfrage, noch die geringste Aussicht, daß die Regierung den Kriegshyänen das Handwerk legen würde, noch ein Ausblick auf den Frieden, das war die Situation und das trieb die Massen. Man erinnere sich doch, daß seit dem Korniloff-Aufstand und insbesondere seit der demokratischen Konferenz und ihrem Fiasko in voller Deffentlichkeit, der Kampf um die Gewalt von den größten Sowjets Rußland angekündigt worden ist, daß offen Vorbereitungen getroffen waren. Ein Putsch wird in den unterirdischen Gängen der Konspiration vorbereitet, eine Massenrevolution kann nicht konspiriert werden.

So offen wie am hellen Tage das Petrograder Proletariat und die Petrograder Garnison zum Kampfe anrückte, so offen auf der Hand liegen auch ihre Aussichten und die ihr drohenden Gefahren. Sie ist die Revolution der Arbeiterklasse, die in sieben Monaten der bisherigen Revolutionsentwicklung jedes Vertrauen zur Bourgeoisie verloren hat. Dies war die Stimmung nicht nur der Petrograder Arbeiter, sondern der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter in ganz Rußland. Die Menschewiks und Sozialisten-Revolutionäre, die gegen diese Stimmung ankämpften, die das Bündniß mit der Bourgeoisie aufrecht erhalten wollten, haben in den letzten Monaten in der Arbeiterklasse vollkommen den Boden verloren. Und so kann man sicher sein, daß der siegreiche Aufstand in Petrograd überall die Arbeiter zu den Waffen rufen wird.

Die Revolution in Petersburg war eine Soldatenrevolution. Würde Kerenski sich auch nur auf einen

Teil der Armee stützen können, er würde nicht Petrograd, das Zentrum der Autorität und der Macht, verlassen haben. Die Petrograder Garnison ging zu den Bolschewiks über, weil sie jedes Vertrauen, daß die Regierung den Frieden vorbereiten oder den Kampf organisieren könnte, verloren hatte. Die Stimmung an der Front wird in überwiegendem Maße dieselbe sein, wie in Petrograd. Die Soldatenmasse will in viel höherem Grade den Frieden als die Bolschewiks, die als politische, revolutionäre Partei nicht jeden Frieden unterzeichnen können.

Dem Petrograder Aufstand ging eine Welle der Bauernbewegung voraus, die von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Presse als wilde Pogromen dargestellt worden sind, die aber in ihrem sozialen Kern den Aufstand des Bauertums gegen die Junker und die sie stützende Regierung darstellt. Diese Aufstände, die mit Waffengewalt unterdrückt worden sind, bedeuten den faktischen Bruch der Bauern mit der Regierung. Sie gaben die Möglichkeit der Verbindung des Proletariats mit den Schichten des besitzlosen und armen Bauertums. Die Armee bildet, als Organisation, die linken Sozialisten-Revolutionäre, als Partei die Verbindung zwischen den bolschewikischen Proletariats und dem revoltierenden Bauertum. Das sind die Kräfte der Revolution und auf ihnen stützen sich ihre Aussichten.

Gegen sie stehen die Junker, die Kapitalisten, die Bureaucratie und die bürgerliche Intelligenz bis zu den Kreisen der rechten Menschewiks und der rechten Sozialisten-Revolutionäre. Die Annahme, sie könnten sich stillschweigend einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung unterwerfen, ist völlig grundlos. Es war von vornherein klar, daß sie alles aufbieten werden, um die Arbeiterregierung zu stürzen. Die Frage war nur, wann, wie und wo sie an die Arbeit gehen würden. Ihre Aussichten, an der Spitze eines Teils der Frontarmee gegen die Bolschewiks zu marschieren und sie niederzuwerfen, halten wir für gering, obwohl das letzte Ausbleiben der Nachrichten aus Petrograd den Schluß zuläßt, daß schon Kämpfe zwischen den revolutionären und konterrevolutionären Truppen ausgebrochen sind. Wohl steht auf der Seite der Konterrevolution die Generalität und das Offizierkorps mit ihrer strategischen und taktischen Routine. Auf der Seite der Bolschewiks nur eine kleine Anzahl junger Offiziere. Aber der Generalität fehlt jede, die Massen anfeuernde Losung, sie ist von ihnen getrennt durch den plebeischen Haß und das Mißtrauen der Unterdrückten zu den Unterdrückern. Ein Aufstand nur eines Teiles der Armee mit der Generalität an der Spitze gegen die Regierung des Friedens, wird kaum imstande sein, der Arbeiterrevolution ein Ende zu bereiten.

Größer ist die Gefahr, die vom Südosten droht. Die Kosaken werden unter der Leitung des Generals Kaledin versuchen das Kohlen- und Erzgebiet von Donez abzuschneiden, die Bahnverbindungen und somit Lebensmittelfuhr zu stören. Sie tun es, nicht nur, weil sie von jeder die Hunde jeder Reaktion sind, sondern aus sozialen Gründen. Die Kosaken sind in ihrer Mehrheit reiche Bauern, sie bilden in ihren Gebieten eine Minderheit der zugewanderten Bevölkerung den Kleinbauern gegenüber, denen sie jede Rechte absprechen. Sie fürchten, es könnte bei der Agrarreform ein Teil ihres Besitzes

diesen armen Bauern zugesprochen werden. Aber damit ist auch gesagt, daß die Kosaken auf ihrem Territorium nicht frei handeln können. Indem sie gegen die Arbeiterrevolution die Waffen erheben, rufen sie gegen sich an Ort und Stelle die die ihr verwandten Kräfte in Bewegung.

Ungeheuer sind die Gefahren, die die Arbeiterrevolution bedrohen, ungeheuer die Schwierigkeiten der sie Herr werden soll. Inmitten eines agrarischen Landes, einer jungen Arbeiterklasse, ohne die administrativen Fähigkeiten, die nur eine langjährige organisatorische Arbeit geben kann, sucht sie mit bewaffneter Hand einer Welt von Feinden das Land strittig zu machen, dem Geschicke in die Zügel zu fallen. Sie sucht dem Kapital in Rußland das Gesetz zu diktieren. Es wäre lächerlich den Sieg der Konterrevolution nahen zu sehen. Die russische Arbeiterklasse hat eine revolutionäre Energie, wie sie das Proletariat in keinem anderen Lande bisher entfaltet hat. Das Wichtigste ist, die Konterrevolution kann zwar momentan siegen, aber sie ist nicht imstande den Massen irgend etwas zu geben. Wenn eine siegreiche Arbeiterrevolution an Brotmangel scheitern könnte, so muß die Konterrevolution an ihm scheitern. Eine kapitalistische Regierung, in deren Händen der ganze Staatsmechanismus verfaßt, die gegen sich die Bauern, die Arbeiter und die Soldaten hat, sie kann sich nicht halten und darum kann sie überhaupt nicht siegen.

Die Frage steht so: siegen die Bolschewiks, dann werden sie versuchen durch die eiserne Diktatur der Arbeiter und Bauern das Los der Massen zu erleichtern, alle ihre Kräfte in demokratische Organisationen zusammenzufassen, sie werden versuchen zu einem ehrlichen Frieden zu gelangen. Siegt momentan die Konterrevolution, so wird sie das ganze Land gegen sich haben, sie wird nicht verhindern können, daß es sich in ein Flammenmeer verwandelt, daß die Armee von der Front zurückflutet, daß sie alle Kulturzentren zerstampft und vernichtet.

Zwei Friedensprogramme.

Von Karl Radek.

1.

Der Stockholmer Friedenskongress konnte nicht stattfinden, weil die Regierungen der Entente noch zu keinem Kompromiß bereit sind. Und da die Knechte tanzen, wie die Herren pfeifen, so konnten die Sozialpatrioten sich nicht zusammenfinden. Nun hatten die neutralen ehrlichen Makler aus Holland, Schweden, Dänemark und Norwegen Zeit, sich an den Konferenztisch zu setzen und aus den sich ausschließenden Standpunkten der sich bekämpfenden Sozialpatrioten einen gemeinsamen Standpunkt, ein gemeinsames Friedensprogramm auszuarbeiten. Das Dokument wird ohne jeden Einfluß bleiben. Es steht hinter ihm kein Wille zum Kampfe. Entschließen sich aber die Regierungen zu einem Kompromißfrieden, so brauchen sie den Rat der Herren Troelstra, Branting und Stauning nicht. Troldem verdient das Friedensprogramm des Stammtisches von Klara Västra, Kyrkogatan besprochen zu werden, weil es das Wesen der „Verständigungspolitik“ von Stockholm zeigt.

Die Herren neutralen Makler sagen ehrlich und offen, daß sie auf dem Boden des Statusquo „mit

Korrekturen" stehen. Diese Offenheit ist sehr zu loben. Worin die Korrekturen bestehen, sagen sie auch klar. Sie richten sich nach der militärischen Lage. Rußland ist der schwächste Teil, also unternehmen sie vorerst Korrekturen an seinem Leibe. Sie knöpfen ihm Polen und Finnland ab. Frankreich bekommt zwar Elsaß-Lothringen nicht, aber das Volk von Elsaß-Lothringen soll selbst über seine Zugehörigkeit entscheiden. Dafür belassen die guten Neutralen Galizien und Posen den bisherigen Besitzern, wie auch die südslawischen Bezirke und fördern für all die nationalen Splitterteile nur die Autonomie. Von den englischen Eroberungen in Asien und Afrika wird kein Wort gesprochen, wie es überhaupt für alle kleinbürgerlichen Friedensprogramme charakteristisch ist, daß sie die kolonialen und überseeischen Fragen, die Fragen der Wege des Weltverkehrs in suveräner Unkenntnis der treibenden Kräfte und der Objekte vollkommen aus dem Auge lassen und an Europa herumdoktern. Die belgische Frage hat für Deutschland keine selbständige Bedeutung, sie ist nur die Frage des Kampfes gegen England.

Indem die Skandinavier-Holländer kein Wort von der Wiedergabe Bagdads, der Teile Arabiens, die jetzt England beherrscht, sprechen, dafür aber die Unabhängigkeit Belgiens fordern, stellen sie sich unter der Maske der Anerkennung des Statusquo auf den Boden eines glatten Sieges des Englischen Imperialismus. Der Schrei der Entente, daß sie das Programm Deutschlands eigentlich durchführen, bedeutet dagegen nichts. Die Entente ist der Meinung, daß nur der Säugling, der kräftig schreit, auch redlich ernährt wird. Indem das skandinavisch-holländische Programm die Bildung eines mitteleuropäisch-vorderasiatischen Staatenkomplexes außerhalb der Frage stellt (durch die Unterbrechung der Verbindung Bulgariens mit Oesterreich und offene oder stillschweigende Anerkennung der Abtrennung Armeniens und Mesopotamiens) so ist das Stockholmer Programm objektiv das Programm des siegreichen Englands, mag es sonst den anderen Ententemächten unangenehm sein. Damit sagen wir natürlich nicht, daß die neutralen Sozialpatrioten bewußt den Sieg des englischen Imperialismus fördern wollten. Sie haben doch alle zukünftigen Fragen „gelöst“, indem sie noch einmal alle sakrosankten Formeln der Abrüstung und der Gesellschaft der Nationen proklamieren. Aber durch solche Lusterschütterungen, kann man Tatsachen nicht aus der Welt schaffen.

Diese mythischen Produkte sind einstweilen keine Wirklichkeit, sondern Instrumente des politischen Schwindels der Regierungen, die mit dem Hinweis auf einem wunderschönen dauerhaften Frieden den unsere Urenkel in der schönen Gesellschaft der Nationen genießen werden, uns über die Aussicht auf den vierten Winterfeldzug zu verträumen suchen. Und der korrigierte Statusquo der Herren Troelstra und Branting würde einstweilen, bis zum Eintritt des goldenen Zeitalters, in dem die deutschen und englischen Imperialisten friedlich auf einer völkerrechtlichen Weide grasen werden, den Sieg des englischen Imperialismus bedeuten. Das Schicksal des Friedensprogramms des skandinavisch-holländischen Komitees ist kein zufälliges. Entweder baut man ein Kampfesprogramm der wirtschaftlichen und politischen Umgestaltung, oder geht auf die Jagd nach einer Korrektur der Statusquo.

Im letzteren Falle muß sich diese Korrektur nach der Sachlage richten, man muß mit der militärischen Lage rechnen. Und wie sehr die Branting und Troelstra überzeugt sind, daß sie ein „gerechtes“ Programm herausdestilliert haben, so haben sie ein Programm geschaffen, das nur zeigt, wie sich die Weltkarte im Kopfe des Philisters gestaltet, in dessen Gehirn aus der Lektüre seines Leitblattes ein Bild auch des militärischen Kräfteverhältnisses sich gebildet hat. Wie der „gesunde Menschenverstand“ gewöhnlich nichts anderes ist, als die Auffassung des Philisters von der Sachlage, so ist ein „gerechtes und realistisches Friedensprogramm“ eines opportunistischen Sozialdemokraten nur eine Spiegelung seiner unmaßgeblichen Auffassung der Militärlage.

2.

Davon geben weder die Leute des holländisch-skandinavischen Komitees, noch die russischen Sozialpatrioten sich keine Rechnung, wie die im Gorkischen Organ gleichzeitig mit den „Isiwiesia“ das Stockholmer Programm freudlichst „als Grundlage“ begrüßt haben. Sie hätten eigentlich jede Ursache dieses Programm auf das Entschiedenste abzulehnen, weil sie doch selbst gleichzeitig ein ganz entgegengesetztes angenommen haben. In der Instruktion für Skobelew haben sie doch auf alle nationalen Streitobjekte die Formel des Selbstbestimmungsrechtes angewendet.

Die Lösung des Komplexes der nationalstaatlichen Fragen durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker steht im strikten Gegensatz zu den Korrekturen des skandinavischen Komitees. Sie ist eine Lösung im Prozeß der sozialen Revolution, und es ist von vorneherein klar, daß diese programmatische Lösung für die skandinavischen Sozialpatrioten unakzeptabel ist, weil sie auf dem Boden des Burgfriedens und des Reformismus stehen. Ebenso widerspricht die Praxis der russischen Sozialpatrioten, ihr Bündnis mit der eigenen wie der Entente-Bourgeoisie, diesem Programm der Revolution. Wie kommt es also, daß sie es anwenden? Nun, sie wenden es nur zum Schein an. In allen (mit einer Ausnahme) Fragen, wo sie überzeugt sind, daß eine solche Lösung unannehmbar wäre für die kapitalistischen Staaten, verzichten sie eben auf die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes. Teils tun sie es offen, teils stillschweigend. Sie belassen die südslawischen Gebiete Oesterreich-Ungarns ganz offen in dem alten Staatsverbande, sie sprechen mit keinem Worte von dem Schicksal der Polen in Oesterreich, wie in Deutschland, sie schweigen über die alten, wie die neuen Eroberungen Englands. Aber selbst wo sie das Prinzip anwenden, geschehen mythische Dinge.

Statt generell anzugeben, wie das Prinzip in Konkreto angewendet wird, suchen sie verschiedene Modalitäten für seiner Anwendung, die zu den verschiedensten politischen Konsequenzen führen können. In Elsaß-Lothringen lassen sie einfach die Bevölkerung abstimmen und damit fertig. In Mazedonien lassen sie einstweilen die Autonomie im Staatsverbande Bulgariens genießen und führen erst dann die Abstimmung durch, was natürlich Bulgarien die Möglichkeit gibt, sehr nachdrücklich „die Stimmung“ der Volksmassen zu bearbeiten. In Armenien nehmen sie noch verwickeltere Prozeduren vor, wobei nicht einmal klar ist, welcher Staat den Arme-

niern die Autonomie gewähren soll: ob Rußland oder die Türkei.

Alle diese Künste zeigen, daß die Verfasser den bisherigen Herren des Schicksals der strittigen Gebiete Zugeständnisse machen wollen. Aber wie in der Behandlung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sich eine vollkommene Zweideutigkeit und Unklarheit zeigt, so desto mehr in der Behandlung der anderen Fragen. Die Verfasser des Sowietfriedensprogramms fordern die Neutralisierung der Seewege, die die Zugänge zu den Binnenmeeren bilden. Daneben fordern sie die Neutralisierung des Suez- und Panamakanals. Warum schweigen sie vom Gibraltar, ohne dessen Neutralisierung der neutrale Suezkanal ohne weiteres durch die Engländer geschlossen werden konnte? Tun sie es, weil sie wissen, daß England niemals auf die Beherrschung Gibraltars verzichten wird, ohne daß es dazu gezwungen wird? Solche Fragen kann man an die Verfasser des Sowietprogramms eine ganze Anzahl stellen. Aber die bisherigen genügen vollkommen, um zu zeigen, daß das Programm der bisherigen Leiter des Sowiets keinesfalls die Konkretisierung seines ursprünglichen Programms darstellt, des Rufes: Friede ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Nur der letzte Teil dieses Programms unterscheidet sich von den pazifistischen Programmen des Bürgertums.

Indem die innerhalb sieben Monaten vollkommen bankerotten sozialpatriotischen Führer dieses Programm zum Programm machten, das sie auf diplomatischem Wege verwirklichen wollen, mußten sie das revolutionäre Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes entweder völlig aufheben, oder so verklausulieren, daß seine Anwendung vollständig unklar bleibt: nur in einem Falle, wo sie in ihm eine Brücke zwischen dem deutschen und dem französischen Kapitalismus sehen, wenden sie es wirklich an. In wirtschaftlicher Hinsicht bleibt das Programm vollkommen auf dem Boden des bürgerlichen Freihandels stehen und wo es versucht die Perspektive der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten zu zeichnen, gerät es in vollkommene nicht nur pazifistische Konfusion, sondern ureigene Konfusion seiner Verfasser: so wenn sie gleichzeitig Abrüstung und Miliz fordern. Man muß annehmen, daß sie dabei ihr Ideal aus den Petrograder Verhältnissen geschöpft haben, wo eine Miliz existiert, die vollkommen abgerüstet ist.

3.

Das Programm der russischen Sozialpatrioten, die sich in Europa immer noch als Führer der Sowiets betrachten, obwohl sie schon lange die Mehrheit in den Sowiets verloren haben, ist ein Kompromißprogramm, wie das des skandinavischen Komitees, nur mußten seine Verfasser angesichts des revolutionären Milieus, in dem sie wirken, etwas mehr revolutionär scheinende Losungen hineinbringen, die sie jedoch sofort durch entsprechende Klausel unschädlich machten. Aber um eine Kompromißpolitik zu treiben, genügt noch nicht ein gutes oder schlechtes Kompromißprogramm. Es ist noch ein Partner nötig, der zu einem Kompromiß bereit wäre. Die Tragikomik der Friedensprogramme der Sowiets, wie der skandinavischen Peacemakers besteht aber darin, daß sie mit ihrem Ausruf zum Kompromiß keine Gegenliebe gefunden haben.

Wir sprechen nicht einmal von den Angriffen der verschiedenen sozialpatriotischen Parteien, die dagegen protestieren, daß der Standpunkt, den jede von ihnen einnimmt, nicht genügende Berücksichtigung gefunden hat, obwohl bei einem Programm, das die sozialistischen Parteien zum gemeinsamen Kampfe vereinigen soll, ihre Zustimmung zu ihm nicht ohne Bedeutung ist. Es handelt sich darum, daß es nicht die geringste Anzeichen dafür gibt, daß die Neigung zu einem Kompromißfrieden bei der Entente wachse. Auf die Ankündigung, daß der Sowiet auf der Pariser Ententekonferenz sein Programm durch Skobelew einbringen wird, antwortete die Entente vorerst mit der Verschiebung der Konferenz. Dann erklärte Herr Bonar Law im Namen der englischen Regierung die Konferenz werde sich nicht mit den Kriegszielen, sondern mit der Verstärkung der Kriegführung beschäftigen und die französische Madame Anastasie schnitt den Bürger Skobelew, obwohl er ein eleganter und salonfähiger Mann ist und die revolutionäre Nähe in der kurzen Ministerzeit eingebüßt hat. Die Zensur verbot den Abdruck des Sowietprogramms in der französischen Presse.

Das sind Zeichen, die darauf hinweisen, daß sich die Entente nicht so sehr beeilt, das Programm der Skobelew zu akzeptieren. Niemand kann zweifeln, daß nur die Niederlage Deutschlands auf dem inneren oder äußeren Kriegsfelde seine Regierung dazu bringen könnte, die Elsaß-lothringische Frage einem Plebiszit zu unterwerfen. Nicht nur Kühlmann sagt: Niemals! sondern auch Scheidemann, der doch durch sein Auftreten der Regierung das zukünftige Kompromiß vorbereiten soll. Ja selbst in Rußland, wo die Niederlagen, die Revolution und der Zustand der Armee die Bourgeoisie für einen Kompromißfrieden geneigter machen müßte, riefen die beiden Kompromiß-Friedensprogramme eine Flut von Schmähungen hervor.

Die „Rjetsch“ fragte mit vollem Recht die russischen Sozialpatrioten: Ihr fordert die Neutralisierung des Suez- und Panamakanals? Was wollt ihr tun, wenn England und Amerika, was sicher anzunehmen ist, es ablehnen wird? Wollt ihr den Separatfrieden mit Deutschland oder den Separatkrieg mit der ganzen Welt? Diese Frage steht bei jedem Kompromißprogramm. Stellt man ein Kompromißprogramm auf, so muß man wissen, was man tut, wenn das Kompromiß nicht zustande kommt. Die Sozialpatrioten Rußlands haben ein Kompromißprogramm zusammengebraut, ohne zu wissen, was sie tun werden, falls es abgelehnt wird. Bankrott als soziale Kraft, beginnen sie eine Abenteuerpolitik zu treiben. Sie haben die dreimal verkrachte Koalitionspolitik wieder zusammengeleimt und treiben jetzt, durch die Aufrollung der Kriegszielfragen, einen Keil in sie hinein. Sie tun es, weil sie in den Arbeiter- und Bauernmassen den Eindruck erwecken wollen, daß sie irgend etwas zur Herbeiführung des Friedens unternehmen. Aber der Bankrott dieses Versuchs, wird ihre Lage nur verschlechtern.

Die objektive Situation, die Unmöglichkeit eines praktischen Kompromisses äußert sich in der Schwindelhaftigkeit des Friedensprogramms der Leute, die auf dem Wege des Kompromisses der Welt den Frieden bringen wollen.

„Die Hoffnung auf die Revolution ist ebenso bankrott, wie die auf den Sieg“, — schrieb dieser Tage in der Gorkischen Zeitung Kas Grigorief, einer der Anhänger Martows, des Hamlets der russischen Revolution. Darum Kompromiß. Wir aber sagen: Zeigt doch den Weg zum Kompromiß, den die Regierungen gehen wollen!

Afrika und der Friede.

Von E. D. Morel.

Es ist schwer, das Problem Afrikas vom Gesichtspunkte der künftigen Organisation Europas aus zu behandeln, ohne einen kurzen Abriss der Beziehungen Afrikas zu Europa in der heutigen Zeit zu geben.

Man kann sagen, daß die anexionistische Periode einestheils mit dem Wiedererwachen der kolonialen Bestrebungen in Frankreich nach der Niederlage von 1870, andererseits mit der kapitalistischen Expansion und der Missionsbewegung, die der großen Entdeckungszüge durch Afrika im letzten Abschnitt des 19. Jahrhunderts folgten.

Es mag interessant sein, darauf hinzuweisen, daß, wenn auch die Betätigung der Europäer in Afrika mehrere hundert Jahre zurückgeht, doch die europäischen Regierungen im allgemeinen mit drei besonderen Ausnahmen nur sehr behutsam an politische Abenteuer über die Küstengebiete hinaus, herangingen.

Mit dem Wiedererwachen der kolonialen Leidenschaften in Frankreich wurde die zweite Periode in der modernen afrikanischen Geschichte eröffnet, die Periode der politischen Auffassung, direkter Interventionen und internationaler Aufteilung. Die Balgerei um Afrika begann. Von ihrer Basis, dem Senegal ausgehend, führten die Franzosen zahlreiche politische und militärische Expeditionen in das Gebiet des Niger, indem sie sich vom Innern nach der Küste wandten und die englischen Niederlassungen an der Küste von ihrem Handel mit dem Innern abzuschneiden drohten, was deren Wert beträchtlich mindern mußte. Sie fielen in Tunis ein und stürzten sich von Algier aus in die Sahara, wobei sie zugleich nach Westen zu Südmorokko blockierten. Von Liberville, ihrer Basis, im Mündungsgebiet des Gabon aus, stießen sie nach dem Kongo vor. Madagaskar erklärten sie den Krieg, sie marschierten nach der Hauptstadt, besetzten die ganze Insel und führten die Königin weg. Das alles ward in zehn Jahren durchgeführt, eine erstaunliche Leistung.

In dieser Zeit nahm Afrika gewaltige Proportionen in den Augen englischer Staatsmänner an. Durch den französischen Erfolg im Westen allarmiert, ergriff die britische Regierung verschiedene Maßregeln, um diesem Vorgehen entgegenzuwirken und solange es noch Zeit war, einzuschreiten, vorzüglich in der reichsten westlichen Region, dem Nigerdelta und dem Unterlauf dieses großen Flusses entlang. Einer Gruppe von Kaufleuten wurden bestimmte Vorrechte eingeräumt und sie schlossen unter dem Namen der königlichen Nigerkompagnie mit Hunderten von Potentaten an beiden Ufern des Niger und namentlich mit den mächtigen Emiren von Sokito, Bornu und Katsema Verträge ab. Das Gebiet heißt heute Nord-Ingéria.

Eine entsprechende Tätigkeit folgte im Osten den Taten der Entdecker und Verwaltungsbeamten wie Thomson und Sir Harry Johnston und dem Diplomaten wie

Sir John Kirk, der am Hofe des Sultans von Sansibar danach strebte, seine Herrschaft über den ganzen Kontinent auszudehnen. Die Kaiserliche Kompagnie von Britisch-Ostafrika wurde gegründet und riesige Gebiete im Innern bis an die großen Seen heran, fielen unter die britische Oberherrschaft. Im Süden führte der erste große Konflikt zwischen Engländern und Buren zum Siege der letzteren. Aber die Entdeckung der Diamanten und später des Goldes und das Auftreten von Cecil Rhodes, sollte die Dinge entscheidend ändern. Im Norden wurde die Verwaltung Ägyptens eine Quelle wachsender Verwicklungen, und das dumpfe Rollen des Gewitters, das dem Sudan bedrohte, kam den Nil herab.

Eine dritte Großmacht — Deutschland, trat nun in den Tanz ein. Die deutschen Entdecker hatten eine bedeutende Rolle in der geographischen Erforschung gespielt und die Tradition der Hansestädte wachte wieder auf. Eine Kolonialpartei entstand in Deutschland. Bismarck stand ihren Zielen verächtend und mißmutig gegenüber. Aber diesmal waren die Ereignisse stärker als der Kanzler und bald war er in ein Sarrisduell mit Lord Granville wegen Angra-Bequena, des Schlüssels zu Deutsch-Südwestafrika, wegen Kamerun und Ostafrika verwickelt. Die Verteilung der Ansprüche der französischen, englischen und deutschen Regierung auf Afrika hat die diplomatische Welt Europas mit dem Geschrei erbitterter Kämpfe erfüllt. Zuweilen wurden diese Kämpfe von den Vertretern der beteiligten Mächte auf afrikanischem Boden ausgegetragen, und die örtlichen Rivalitäten der eifrigen Beamten wurden verschärft durch das größte Uebel der Eingeborenen, die sektierischen Feindschaften der rivalisierenden Religionen. Das Blut der Eingeborenen färbte den Boden von Uganda im Verlauf der Kämpfe zwischen der „französischen Partei“, die sich aus französischen katholischen Patern und der „englischen Partei“, die sich aus englischen protestantischen Missionaren zusammensetzte.

Mitten in diesem Durcheinander erschien der düstere Schatten Leopolds des Zweiten auf der Bühne. Angezogen von der Entdeckung des Kongolandes durch Stanley, gründete er die Internationale Afrikanische Gesellschaft, ließ er den Entdecker nach Brüssel kommen und ließ ihn im Namen der Gesellschaft Verträge entlang den Ufern des mächtigen Stromes und seiner Nebenflüsse abschließen. Indem er seinen tiefen Abscheu über den Sklavenhandel der arabischen Mischvölker aussprach, deren Raubzüge im Ostteile des Kongostaates durch verschiedene Forscher offenbar geworden war, appellierte er an die Menschenfreunde Europas wegen der Zustimmung zu seiner Initiative, die nach ihm die moralische und materielle Erneuerung der traurigen Lage Afrikas bringen sollte.

Als Stanley mit den Verträgen in der Tasche zurückkehrte, ersuchte der König die Weltmächte, die Gesellschaft als „Freien und unabhängigen afrikanischen Staat“ anzuerkennen. In dieser Epoche war das Hauptziel der britischen Regierung, Frankreich wegen seiner Differenztarife, die überall den britischen Handel durchkreuzten, vom Kongo abzuhalten. Lord Granville traute Leopold dem Zweiten nicht und unterstützte die portugiesische Regierung, welche gegenüber dem König Gegenansprüche auf Grund der alten historischen Ausbeutungsrechte Portugals erhob. Aber Frankreich und Deutschland unter-

stützte aus verschiedenen Gründen das sogenannte philantropische Unternehmen des Königs Leopold, das auch die britischen Missionsgesellschaften und das britische Handelsministerium begünstigten, die dann ihre Hilfe bereuten, als es zu spät war. Der Erfolg war, daß der König Leopold in Afrika eine Domäne erhielt, so groß wie Europa ohne Rußland.

Das Jahrhundert sollte nicht zu Ende gehen ohne eine neue Reihe dramatischer Ereignisse: die Eroberung des Sudan durch England, den Jamesonzug und dem zweiten Burenkrieg, der die Folgen jenes Einfalles war und dem wieder die Selbstverwaltung, das Geschenk Campell-Bannermanns folgte, und die Gründung der Südafrikanischen Union. Es kamen weiter der Konflikt mit Frankreich wegen der Ankunft Marchands in Fachoda und die Schlußanstrengung Frankreichs, die ägyptische Frage zu lösen und seine früheren Irrtümer auszugleichen. Die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts sehen das Ende der französisch-englischen kolonialen Aufschließungsarbeit, den italienischen Einbruch in Tripolis, das Verschwinden des freien Kongostaates und das Auftreten Belgiens als einer afrikanischen Macht.

Afrika war fast ganz ausgezehrt. Das Mahl schien zu Ende zu gehen, ohne daß die Mächte darüber wirklich zu Schlägen gekommen waren. Aber Marokko und Abessinien waren noch nicht aufgefogon. Marokko war für die verschiedenen Formen der europäischen „friedlichen Durchdringung“ leichter zugänglich. Was die Aufsaugung des übrigen Restes Afrikas nicht geleistet hatte, das vollendete die Marokkofrage. Sie lieferte einen guten Haufen Brennstoff für den Weltbrand, der die europäischen Völker verzehren sollte.

So war die Vergangenheit — und die Zukunft? Was kann man tun, um zu verhindern, daß Afrika der Zankapfel unter den europäischen Mächten bleibt und neue Streitfälle hervorbringt, soll es weiter verberenschwangere Keime über Europa austreuen? Das ist das afrikanische Grundproblem, wie es sich dem Europa von morgen darstellt.

Die Gefahren von Afrika.

Wie ich schon gezeigt habe, sind es die unermesslichen nicht kolonisierbaren Gebiete Afrikas, die am nächsten stehen für die industriellen Interessen Europas. Ihre Rivalität wegen des Besitzes dieser Gebiete hat diese schweren Konflikte unter den Mächten erzeugt, die bei mehr als einer Gelegenheit die europäischen Völker während der letzten 30 Jahre auf Handbreite an den Krieg herangebracht haben.

Wenn sich die europäischen Völker als Vertreter der mehr oder weniger primitiven Millionen Afrikaner, die jene Gebiete bewohnen, betrachteten und nicht als ihre Ausbeuter, so müßte sich die Politik, die sie ihren Regierungen erlauben könnten auf gewisse Grundsätze stützen. Aus Unwillen über das oberflächliche Geschwätz, das von der entgegen gesetzten Auffassung ausgeht, können die europäischen Völker, deren Regierungen es unternommen haben, die farbigen Rassen zu leiten, nicht ihre Hände von der moralischen Verantwortung, die aus jener Tatsache entspringt, reinwaschen, und das in ihrem eigenen Interesse. Diese Verantwortung trifft nicht die Regierungen allein. Die Völker haben teil daran. Die Demokratie muß sie sich vor Augen stellen und mit ihr

kämpfen. Und wenn man sie recht versteht, so laufen die Interessen der Millionen Afrikaner gleich mit dem der europäischen Demokratien, gerade soweit ihr Militarismus berechtigt ist, obwohl er oft in Konflikt kommen kann mit den Interessen einzelner Leute und gewisser europäischer Gruppen.

Wenn die europäische Verwaltung in dem nicht kolonisierten Afrika von dem Gefühl des Schutzes inspiriert werde, von welchen wesentlichen Prinzipien müßten sie sich dann leiten lassen? Es sind 6 an der Zahl:

1. Die Erde den Landeskindern von selbst vorbehalten, die allein befähigt sind, ihre Schätze zu heben. Der Grund und Boden muß den europäischen Ausbeutern verweigert werden (das ist die Hauptgefahr) und in den Gegenden, wo die europäischen Boden-, Eigentums- und Erbgesetze teilweise eingepaßt sind, muß er gegen das Vordringen einer Klasse berechtigter Besitzer in die Gemeinden der Eingeborenen verteidigt werden. Ich bediene mich des Ausdruckes Besitzer, welcher das Recht des Bodenverkaufs einschließt, das gegen die Gebräuche der Eingeborenen verstößt und das zur Enteignung der Klasse des Volkes führen muß.

2. Aufrechterhaltung der Institutionen der Eingeborenen vor der zerstörenden Ansteckung durch Europa, die unvermeidlich und unerbittlich ist, Stärkung und Verbesserung dieser Institutionen, damit sie Widerstandskraft gegenüber jener Ansteckung erhalten.

3. Aufrechterhaltung des Handelsprinzips, das heißt des Rechtes auf Kauf und Verkauf in den ökonomischen Beziehungen zwischen Europäern und Afrikanern, oder mit anderen Worten: Aufrechterhaltung des Rechts der Eingeborenen auf den Besitz der Natur- oder Kulturprodukte ihres Bodens.

4. Regelung des Handels dahin, daß Monopole unmöglich werden, die verhindern, daß die Eingeborenen einen angemessenen Marktpreis für ihre Produkte erhalten, und dahin, daß jeder Handel verhindert oder eingeschränkt werde, sobald er als nachteilig für die Eingeborenen angesehen werden muß.

5. Verhinderung aller künstlichen Beschränkungen des Handels wie die Differentialtarife.

6. Forderung der Gewerbe der Eingeborenen.*

Diese Prinzipien sind beständig in Gefahr. Am Ende des Krieges werden alle Völker unter einer erschreckenden Schuldenlast keuchen. Die herrschenden Klassen müssen diese Bürde erleichtern. Man wird versuchen die Rohprodukte der tropischen Welt schleunigst in bare Münze einzuschmelzen. Das ist die Gefahr, die dem nichtkolonisierbaren Afrika droht. Halte man sich diese Gefahr beizeiten vor Augen. Faßt die afrikanischen Probleme klar ins Auge und vor allem Westafrikas, des Teils Afrikas mit den reichsten entfalteten und noch gebundenen Schätzen, wer verhindern will, daß Afrika für die Sünden Europas büßen soll. Und es wird gut sein, sich zu erinnern, daß für den Kampf gegen Enteignung und Ausbeutung mehr nötig ist, als eine rein negative Stellungnahme. Es muß ihr eine Politik entgegengesetzt werden, die auf Wahrheit beruht und auf Kenntnis der Dinge aufgebaut ist.

* Das sind alles Grundsätze, die unter der Herrschaft des Kapitalismus undurchführbar sind. Den Wölfen predigt man vergebens den Vegetarismus. D. Red.

Feuilleton

An der Grenze.

Von J. L. Perez. (Aus dem Ibbischen.)

An der Grenze zwischen Ja und Nein, Sein und Nichtsein, begegnete der scheidende Sommer dem kommenden Winter.

— Weshalb siehst du so schlecht aus? — fragt der Winter seinen Gegner, der vor ihm steht, auf schwankenden Beinen, mit matten, halberloschenen Augen und fahlem Antlitz.

— Du wirst auch einst nicht besser aussehen! — antwortete der Sommer seufzend.

— Alles hat ein Ende, — philosophierte der Winter.

— Das Rädchen dreht sich, — stimmte der Sommer bei.

Sie schweigen eine Weile, dann fragte der Winter:

— Und dort, was gibts da Neues?

— Nicht ruhig — antwortete der Sommer, — nicht ruhig.

— Die Bäume?

— Auch sie! Der Teufel weiß, was sie zu tuscheln haben! Tag und Nacht nur ein Sichbiegen, ein Flüstern. Das Flattern der leichtsinnigen Blätter gefällt mir auch nicht; auch sie werden gefährlich, Verbündete offenbar! Auch sie in wäherender Bewegung. . .

— Faulen sollen sie — ruft der Winter.

Und es erhebt sich ein Sturm und jagt durch die Welt. . . Von seinem Hauche werden die Blätter trocken, faulen und fallen müde von den Zweigen. . . und dünne Zweige fallen. Es knackt, ein schwaches Zweiglein bricht vom Baume, fällt herunter und wälzt sich am Erdboden zusammen mit den faulen Blättern.

— Und die Teiche? — fragt der Winter.

— Sind mit ihnen einig! Rauschen und murren. . . es ist ihnen zu enge in der Welt. . . eine Welle drängt die andere, eine Woge rauht der andern zu: rührt euch, rührt euch! Heraus auf den Sand, auf den freien Strand, zum frischen Gras. . . was ist Grenze, es gibt keine Grenze!

Wahnsinnige! eine Welle will ganz hoch hinauf, man drängt und hebt sie auf den Schultern hoch. . . sieh, was gibts dort und erzähle. . .

Manchmal siedet und kocht es wie in einer Hölle. . .

— Ketten! — gibt der Winter den Befehl. . . und gefesselt werden die freien Teiche. . . zuerst überzieht sie eine dünne, kalte Haut, aber sie wächst, diese Haut, sie wird dicker und härter, erdrückt alles, erstirbt alles. . . still wird's ringsum, man hört kein Rauschen mehr, kein Murren. . .

Ruhig, starr, tot. . .

Die Vögel fliegen in Schrecken davon, es wird noch stiller, noch trauriger. . .

— Und die alte Hege, die Erde, was tut sie?

Sie lebt, . . . schmückt sich, . . . kokettiert, wendet die Menschenaugen vom Himmel ab, daß sie lieber nach ihrer Schönheit sehen, ihren Reizen. . .

— Totengewänder! befiehlt der Winter und die Erde wird bedeckt mit weißen, weißen Totengewändern und erstarrt in ihnen. Sie stirbt — zeitweilig.

Christus.

Von Swan Turgenjeff.

Ich sah mich als Jüngling, fast noch als Knaben in einer niedrigen Dorfkirche. . . Die dünnen Wachskerzen nahmen sich wie kleine rote Flecken aus vor den alten Heiligenbildern.

Ein kleiner regenbogenfarbener Schein umgab jedes dieser Flämmchen. . . Es war dunkel und düster in der Kirche. . . Doch stand eine Menge vor mir.

Lauter blondhaarige Bauernköpfe. Von Zeit zu Zeit beugten sie sich, fielen nieder und erhoben sich wieder — gleich reifen Lehren, wenn der sommerliche Wind wie eine langsam dahinflutende Welle über sie hinstreicht.

Mit einem Male trat von hinten jemand auf mich zu und stellte sich neben mich.

Ich wandte mich nicht um; aber ich fühlte sogleich, daß dieser Mensch — Christus sei.

Nahrung, Neugier und Furcht bemächtigten sich meiner auf einmal. Ich bezwang mich. . . und sah meinen Nachbar an.

Ein Gesicht wie das aller andern — es glich ganz und gar allen andern Menschengesichtern. Die Augen blickten ruhig und aufmerksam ein wenig empor, gen Himmel. Die Lippen sind geschlossen, aber nicht zusammengepreßt: es ist, als ruhe die Oberlippe auf der Unterlippe; der nicht starke Bart ist in der Mitte geteilt. Die Hände sind gefaltet und rühren sich nicht. Auch durch seine Kleidung unterscheidet er sich nicht von den andern.

„Wie kann das nur Christus sein!“ dachte ich. „Ein so einfacher, so ganz einfacher Mensch! Es ist unmöglich!“

Ich wendete mich ab. . . Doch kaum hatte ich den Blick von diesem einfachen Menschen abgewandt, als es mir wieder war, als stände Christus neben mir.

Noch einmal tat ich mir Gewalt an. . . und erblickte wieder dasselbe Gesicht, oas allen andern Menschengesichtern glich — dieselben gewöhnlichen, wenn auch unbekanntem Züge.

Plötzlich ward es mir so schwer ums Herz — und ich kam zu mir. Erst da begriff ich, daß gerade solch' ein Antlitz, das allen Menschengesichtern gleicht — das Antlitz Christi sei.

Dezember 1878.

Noch führen wir Krieg!

Von Swan Turgenjeff.

Welch' geringfügiger Umstand vermag bisweilen den ganzen Menschen umzustimmen!

In tiefe Gedanken verloren wanderte ich einst über die Landstraße dahin.

Bange, schwere Empfindungen bedrückten mir die Brust; es hatte sich meiner eine tiefe Niedergeschlagenheit bemächtigt.

Ich hob den Kopf. . . Vor mir zog sich zwischen zwei hohen Pappelreihen schnurgerade die Straße in die Ferne.

Und über diese Straße hüpfte, von der hellen Sommer Sonne vergoldet, zehn Schritt vor mir im Gänsemarsch eine ganze Spazensfamilie — verwegen, ergötzlich, voll Selbstvertrauen!

Namentlich einer von diesen Spazern kollerte etwas abseits mit vorgestrecktem Kropf und unter ausgelassenen Zwitschern so keck dahin, als forderte er die ganze Welt in die Schranken. Ein wahrer Held!

Und mittlerweile kreifte hoch am Himmel ein Habicht, der vielleicht dazu ausersehen war, just diesen selben Helden aufzufressen. Ich sah mir das an, schüttelte mich, lachte hell auf — und augenblicklich waren die traurigen Gedanken verschwunden: Mut, Reckheit, Lebenslust waren wieder in meine Seele eingekehrt.

Mag doch auch über meinem Haupte ein Habicht kreifen. . . Noch führen wir Krieg — hol mich der Teufel!

November 1879.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 48

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Nummderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 1. Dezember 1917

Einzelnummer 20 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellg. lfd

Inhalt:

Zur Friedenskundgebung des Kongresses der Arbeiter- u. Soldatendelegiertenräte	Seite 361
Der Bürgerkrieg in Rußland. Von K. Radek	„ 361
Notizen zur Bewegung. Von E. D. Gumbel	„ 365
Aus unserm politischen Tagebuch.	„ 365
Feuilleton:	
Der Leichenbesorger. Von Puschkin	„ 366

Zur Friedenskundgebung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte.

In der Sitzung des Kongresses am 8. November gab Genosse Lenin folgende Erläuterung zum Texte der bekannten Friedenskundgebung:

„Wir schlagen dem Kongreß vor, die Kundgebung anzunehmen. Wir wenden uns ebenso an die Regierungen, wie an die kriegführenden Völker, denn eine Kundgebung, die sich nur an die Völker wenden würde, könnte die Verlängerung des Krieges zur Folge haben. Die Friedensbedingungen, die während des Waffenstillstandes besprochen, sollen nun der Konstituierenden Versammlung zur Sanktionierung vorgelegt werden.“

Die lange Frist haben wir vorgeschlagen, damit die Völker möglichst lange von der blutigen Schlächtereire ruhen.“

Als einer der Delegierten darauf hinwies, daß es ein Widerspruch ist, wenn man in der Kundgebung bestimmte Friedensbedingungen proklamiert und zugleich sagt, daß man bereit sei auch andere Friedensvorschläge zu diskutieren, erwiderte Lenin:

„Wir wollen einen gerechten Frieden und schrecken nicht vor einem revolutionären Krieg zurück. Es ist möglich, daß die Regierungen uns keine Antwort geben werden, alle aber sollen wissen, daß wir keine Ultimaten den Regierungen stellen, die ihnen erleichtern würden eine verneinende Antwort auf unseren Vorschlag zu geben. Wir sind bereit einen jeden ihrer Vorschläge zu erwägen, d. h. aber nicht, daß wir bereit sind jeden Vorschlag anzunehmen. Es gibt Friedensvorschläge, für die wir bis zu Ende kämpfen werden, es gibt aber auch solche, dererwegen wir vielleicht den Krieg nicht führen wollen werden. Wir tun alles, um den Frieden zu beschleunigen und alles, um die Friedensbedingungen aller Kriegführenden zu erfahren. Wir sind bereit alle diese Bedingungen zu erwägen.“

Zu den anderen Punkten der Kundgebung übergehend, weist Lenin darauf hin, daß der Punkt, der sich auf die Aufhebung der Geheimverträge bezieht, nur die-

jenigen Verträge im Auge hat, welche Annektionen und Kontributionen bezwecken, nicht aber die Handelsverträge, die letzteren bleiben in Kraft. Lenin kommt dann auf den Waffenstillstand zurück. Er unterstreicht, daß der Waffenstillstand allen Völkern vorgeschlagen sein wird. Die Frist ist solange bemessen, damit den Volksvertretern in allen Ländern die Möglichkeit gegeben sei die Friedensbedingungen auszuarbeiten. Sollte seitens der kriegführenden Länder ein Vorschlag auf kürzere Waffenstillstandsfrist gemacht werden, so muß die zukünftige Regierung auch diesen Vorschlag annehmen.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

Von Karl Radek.

1. Wie er gekommen ist.

In der Hauptstadt des revolutionären Rußlands hat eine neue Revolution gesiegt. Die provisorische Regierung, die seit den Märztagen trotz aller ihrer Umwandlungen dieselbe Politik trieb und dieselben Klassen vertrat, wurde davongejagt, eine neue wird aus den Vertretern anderer Klassen gebildet, aus der Mitte der Arbeiter- und Soldatenräte. Die neue Revolution ist ebenso durch die sieben Monate Revolution und durch den Klassenkampf der ersten vorbereitet, wie der Märzausbruch durch die vorhergehende Geschichte des Zarismus vorbereitet war. Sie kam nicht vom Himmel und wurde nicht geboren durch eine Verschwörung der Bolschewiki. Nie war eine Revolution so sehr in voller Öffentlichkeit vorbereitet, angezeigt als die, die Kerenski und seine Mameluken aus Petrograd verjagt hat.

Die Märzrevolution stellte den Sieg der Arbeiter und Soldaten (also in ihrer Mehrheit Bauern) nicht nur über den Zarismus, sondern auch über die Bourgeoisie dar. Nicht im feudal-bureaukratischen Interesse allein, sondern auch im Interesse der kapitalistischen Bourgeoisie stürzte sich der Zarismus in diesen Krieg. Die Bourgeoisie sah in seinen Kriegsfolgen ihr ureigenstes Werk, sie war der Träger des Kriegswillens. Indem die Volksmassen im März 1917 den Sturz des Zarismus herbeiführten, handelten sie getrieben von Not und Kriegsmüdigkeit, von Sehnsucht nach dem Frieden. Der Mechanismus des Zarismus war zu alt und morsch, die Kräfte des russischen Kapitalismus zu jung und klein, als daß sie imstande waren, die Volksmassen in dem Grade an den Wagen des Imperialismus zu ketten, wie es in Europa der Fall ist, wo nicht nur die bessere Organisation des Staates ihm erlaubt, den Massen selbst